Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : der Teufel lacht dazu ; Zu spät! ; Reueloses Deutschland ; Wir haben noch die Wahl ; Armes Südamerika! ; Ein zurückgebliebener Erdteil ; Revolution und Gegenrevolution

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139945

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Teufel lacht dazu Die europäische Szene wird in diesen Wochen von den Bemühungen beherrscht, die Pariser Verträge über die Schaffung einer *«Westeuropäischen Union»* (von denen wir in unserer letzten Rundschau nur noch kurz Kenntnis nehmen konnten) von den Parlamenten der beteiligten Länder gutheißen («ratifizieren») zu lassen und dadurch Westdeutschland zum vollberechtigten Teilhaber des westmächtlichen Militärsystems zu machen. Der amerikanische Außenminister Dulles hat das Gelingen des Pariser (und Londoner) Werkes als «fast ein Wunder» bezeichnet – begreiflich genug nach dem Zusammenbruch der sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nur wenige Wochen zuvor. Aber es ist ein Wunder des Teufels. Und das heißt zugleich: es ist nur Schein und Trug. Gewiß, die Diplomaten – und allen voran der gerissene Mendès-France – haben etwas fertig gebracht, an das sie kaum mehr selber zu glauben vermochten. Allein wir können getrost darauf bauen, daß ihr Werk keinen Bestand haben wird. Nicht daß wir die Ratifikation der Pariser Verträge für unmöglich hielten. In Frankreich wird es diesmal bestimmt nicht wieder so gehen wie bei der EVG; Mendès-France wird das ganze Gewicht seiner ungeheuren Volkstümlichkeit in die Waagschale werfen und verhindern, daß es über der westdeutschen Wiederaufrüstung zum Bruch mit Amerika kommt. Auch die Zustimmung des britischen Parlamentes (wie der Volksvertretungen der übrigen Länder) ist gesichert, zumal da die Labourpartei keine Schwierigkeiten mehr machen wird. Und was den westdeutschen Bundestag betrifft, so wird die Opposition eines Teiles der Regierungsparteien gegen die «Opferung» der Saar (die ja höchstens vorläufig sein wird) schon noch rechtzeitig beschwichtigt werden, ebenso wie der ernster zu nehmende Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegen die Wiederaufrüstung, die in der Tat die Einigung Deutschlands vorerst verunmöglicht, auf irgendeine Art wirkungslos gemacht werden dürfte. Den besten Helfer wird Herr Adenauer dabei in Mendès-France haben, der mit seinem Einschwenken auf die amerikanisch-britisch-westdeutsche Linie auch in der Bonner Republik (wie in England) der Opposition von vornherein den Wind aus den Segeln genommen hat. Im übrigen ist der sozialdemokratische Standpunkt «Keine Aufrüstung, bevor ein letzter Versuch, die Russen zur Räumung Ostdeutschlands zu bewegen, gescheitert ist», ohnehin nicht haltbar. Den Russen müßte die *dauernde* Abrüstung Deutschlands angeboten werden, damit sie abziehen, und das wollen ja die Westmächte auf keinen Fall. Würden also die westdeutschen Sozialdemokraten der Aufrüstung zustimmen, wenn eine neue Konferenz mit der Sowjetunion an der Sturheit der Westmächte und Adenauers scheiterte? *Warten* die

Sozialdemokraten vielleicht nur darauf, um der Wiederaufrüstung doch zustimmen zu können?

Die Ratifizierung der Pariser Abkommen ist also wahrscheinlich. Aber ebenso wahrscheinlich, ja völlig sicher ist ihr schließliches Scheitern an den politischen und moralischen Wirklichkeiten. Die dahinterstehende Politik beruht ja auf einer in dieser Größe und Wirksamkeit unerhörten Unwahrheit – der Behauptung nämlich, daß das «freie», «christliche» Abendland mit Waffengewalt gegen den geplanten Angriff des kommunistischen Ostens geschützt werden müsse und könne. In Wirklichkeit sind es die Westmächte, unter Führung Amerikas, die unter dem Vorwand der Verteidigung eine draufgängerische, mit Krieg rechnende Politik gegenüber dem Osten betreiben, wohl wissend, daß die «freie» Welt den kürzeren ziehen würde, wenn sie mit den kommunistischen Ländern – schon heute ein gutes Drittel des Erdballs – friedlich konkurrieren und koexistieren müßte. Amerikas Verbündete, vor allem Frankreich und England, schrecken zwar vor den letzten Folgerungen dieser Politik noch zurück und suchen den großen Partner jenseits des Meeres zu zügeln und zu bremsen. Aber sie haben den bewaffneten Antikommunismus so lange selbst mitgemacht (Churchill hat ihn in seiner Fultoner Rede vom 4. März 1946 sogar zum erstenmal öffentlich formuliert) und haben sich die «Befreiungs»-Ideologie so lange selbst suggeriert, daß sie nun einfach die Gefangenen Amerikas geworden sind, das vor keinen Konsequenzen zurückweichen will. Es verdient übrigens festgehalten zu werden, was Fr. W. Foerster in seinen Lebenserinnerungen (Seite 650) erzählt, daß nämlich J. F. Dulles schon in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges aus seinem Antikommunismus heraus die nachmalige Politik Amerikas gegenüber Deutschland fertig im Kopf hatte. An einem protestantischen Friedenskongreß in Delaware, im November 1941, den Dulles leitete, wurde die Schuld am Krieg weithin – ganz nach deutscher Behauptung – dem Versailler Friedensvertrag aufgebürdet, Hitler und Deutschland also entlastet und die Schonung Deutschlands gepredigt im Blick auf seine künftige Verwendung im Kampf gegen den Osten. «Ich sah», schreibt Foerster,

«mit tiefstem Bedauern, wie hier ein schwerer und folgenreicher Irrtum einem großen und einflußreichen Publikum sehr autoritativ eingehämmert und mit christlichen Argumenten gestützt wurde... Die in Delaware vorgetragene These hat, wie ich immer mehr sehen mußte, die ganze amerikanische Politik gegenüber Deutschland entscheidend bestimmt, und sie wird sie auch weiter bestimmen.»

Die Pariser Beschlüsse über Westdeutschlands Wiederaufrüstung sind die vorläufig letzte Konsequenz dieser Haltung. Und Dulles, nun der maßgebende Macher der amerikanischen Weltpolitik, reibt sich die Hände angesichts des «Wunders», das hier geschehen...

Zu spät! Aber in Wahrheit hat er und haben all die anderen Urheber der Westeuropa-Union wenig Grund, sich ihres Werkes zu freuen. Die Weltlage ist heute anders als zur Zeit, da der Kreuzzug gegen den Kommunismus beschlossen und verkündet wurde – nach Churchill durch Truman (in seiner Botschaft über Griechenland im März 1947), durch George Kennan, den seinerzeitigen Leiter der Planungsabteilung im Staatsdepartement und Propheten der «Eindämmungspolitik», und die Schöpfer des Nordatlantikbundes. Zunächst wurde es bald klar, daß die Hauptvoraussetzung des militärischen Antikommunismus – das amerikanische Atombomben-Monopol – dahingefallen war, seit auch die Russen die Atombombe hatten. Mit der Wasserstoffbombe ging es genau so. Sodann setzte sich auch im Westen mehr und mehr die Auffassung durch, daß gegen ein Riesenreich wie die Sowjetunion zuletzt nur eine ebenso riesige Landarmee entscheidende Erfolge sichern könne – und deren Aufstellung geht über die Kräfte des Westblockes. Die Angliederung Westdeutschlands soll nun zwar diese Unterlegenheit ausgleichen; allein bis die Bonner Republik ihre neuen «Streitkräfte» (so heißt die Wehrmacht des Vierten Reiches jetzt amtlich) auch nur im Rahmen der Pariser Verträge aufgestellt haben wird, dürfte die Sowjetunion samt ihren Gefolgsstaaten, Ostdeutschland eingeschlossen, ihre eigene Rüstung so verstärkt haben, daß sich das militärische Kräfteverhältnis zum mindesten nicht zuungunsten des Ostens verschoben haben wird. Von der Verstärkung der *wirtschaftlichen* Grundlagen des Ostblockes gilt ähnliches.

Zum dritten aber – und das ist vollends ausschlaggebend – steht heute die Sowjetunion nicht mehr allein. An ihre Seite ist die junge *Chinesische Volksrepublik* getreten, die trotz aller amerikanischen Hilfe für Tschiang Kai-schek und trotz des Ausbleibens jeglicher russischer Unterstützung aus eigener Kraft die gewaltigste Revolution der bisherigen Menschengeschichte vollbracht hat und sich anschickt, die erste Großmacht Asiens zu werden. Und was kaum minder folgenreich sein dürfte: das neue *Indien* ist mit China und allen anderen Ländern Asiens im Kampf gegen den westlichen Imperialismus und Kolonialismus solidarisch. Die jüngste Reise Nehrus ist in dieser Sicht wirklich, wie der indische Ministerpräsident nach seiner Rückkehr meinte, «ein geschichtliches Ereignis». Kein Wunder, daß die demonstrative Annäherung der beiden asiatischen Staaten, die zusammen fast die Hälfte der Erdbevölkerung in sich schließen, im westmächtlichen Lager mit Unruhe beobachtet und – recht törichterweise – nach Möglichkeit in ihrer Bedeutung herabgemindert wird.

Wie brüchig die Machtstellung Amerikas und Westeuropas in Ostasien geworden ist, lehrt der unentschiedene Ausgang des Koreakrieges und die gegen den Willen der Vereinigten Staaten erfolgte Befreiung *Indochinas*. Denn heute schon zeigt sich – entgegen unseren eigenen Erwartungen –, daß nicht nur Nordvietnam, der Herd der Vietminh-Revolution,

seine Unabhängigkeit gewonnen hat, sondern auch (wir zitieren den Asien-Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung», in Nr. 2700) «Südvietnam langsam, aber unaufhaltsam dem Kommunismus entgegentreibt, wenn in allernächster Zeit nicht gewaltige Anstrengungen gemacht werden, um diesen Teil von Indochina vor dem Zugriff Ho Chi-Minhs zu schützen». Und daß solche Anstrengungen von dem korrupten Bao-Dai-Regime überhaupt gemacht würden, geschweige denn Erfolg haben könnten, das kommt nach allem, was man vernimmt, gar nicht mehr in Frage. Wie will Amerika unter diesen Umständen irgendwie hoffen, den Weltkommunismus von Ostasien her militärisch zerschlagen zu können, wie das die Radford, MacArthur und die ganze «asiatische Schule» des kriegerischen Antikommunismus immer noch als nötig erklären?

Das Gegebene wäre, die Vereinigten Staaten schrieben mindestens Ostasien ganz ab und ließen ihre Schützlinge Tschiang Kai-schek, Syngman Rhee und die anderen reaktionären Potentaten – in Siam, auf den Philippinen usw. – endgültig fallen. Solange sie ihre Hand über sie halten, wird es keinen Frieden in Ostasien geben, wird Korea seine Einheit und Unabhängigkeit nicht finden und wird namentlich Formosa der Gefahrenherd bleiben, der es schon seit Jahren ist. Der bloße Weiterbestand des sogenannten nationalchinesischen – lies: gegenrevolutionären – Regimes auf Formosa verhindert den Eintritt des wirklichen Chinas in die UNO, diese unerläßliche Bedingung jeder Befriedung Ostasiens, und die fortgesetzten Drohungen Tschiang Kai-scheks und seiner Leute mit dem Angriff auf das chinesische Festland reizen Peking nur dazu, diese Gefährdung seiner Sicherheit mit Gewalt aus der Welt zu schaffen. Und in Amerika lauert man doch nur darauf, einen Anlaß zum Eingreifen à la Korea zu bekommen! Wobei Chinesen und Russen mit ihren unsinnigen Abschüssen amerikanischer und britischer Flugzeuge, die sich ihrem «Luftraum» nähern, ja noch besonders mithelfen, die Angelsachsen zu einem solchen Eingreifen zu reizen . . .

Was jetzt in Ost- und Südostasien *wirklich* nottäte, das hat der japanische Ministerpräsident Yoshida angedeutet, als er bei seinem kürzlichen Besuch in Washington «ein neues und weitgehendes Hilfsprogramm des Westens» forderte, damit der Kommunismus zurückgedrängt werden könne. Wenn der wirtschaftliche Fortschritt Chinas, so meinte er, größer werde als derjenige seiner Nachbarn, dann werde der (militärische) Widerstand gegen den Kommunismus nicht genügen, und Südostasien werde kampflos dem Kommunismus anheimfallen. Solle der Lebensstandard der Völker Südostasiens gehoben werden, so müßten nach Yoshida mindestens vier Milliarden Dollar (über 16 Milliarden Schweizer Franken) dort angelegt werden. Andere Schätzungen gehen sogar noch bedeutend höher.

Aber in den Vereinigten Staaten – die ja in erster Linie als Geldgeber in Betracht kämen – besteht natürlich nicht die geringste Neigung,

sich auf solch ein großzügiges Hilfs- und Reformprogramm einzulassen, das, um wirksam zu sein, die ganze feudale Struktur Südostasiens umgestalten und seine weitere kapitalistische Ausbeutung ausschalten müßte. Man steckt sein Geld lieber in die militärische und wirtschaftliche Stützung der reaktionären Feudaldespotien, von denen man Hilfe im Kampf gegen den Kommunismus – das heißt gegen die soziale und nationale Revolution der unterentwickelten Völker – erwartet. Neuestens ist besonders *Pakistan* an der Reihe, dieser Hauptpfeiler der amerikanischen Politik in Mittel- und Südasien, mit seiner völlig korrupten, feudalen Oberschicht, die den fortschrittlicheren, von Westpakistan aber ganz getrennten Ostteil des Landes (Bengalen) als richtige Kolonie behandelt und mißbraucht. Die daraus entstandenen Unruhen sind – unter ausdrücklicher Zustimmung des amerikanischen Botschafters Horace Hilreth – zwar blutig unterdrückt worden, aber die Staatskrise, die inzwischen auch in Westpakistan offen ausgebrochen ist, wird auf dem Boden des geltenden Regimes überhaupt nicht zu lösen sein. Auch Pakistan kommt auf die Länge um eine radikale Neuordnung seiner Wirtschafts- und Staatsform nicht herum, und der Radikalismus der Fortschrittsbewegung wird um so schärfer sein, je gewalttätiger sie von der alten Herrenklasse und ihren ausländischen Helfern niedergeschlagen werden will. Aber was sind das doch für Siege, die die «freie Welt» und ihre amerikanischen Vorkämpfer hier erringen! Und da reden sie noch von der Überwältigung des Kommunismus durch dauernde Verstärkung ihrer gröbsten Machtmittel! Nein, für einen Sieg mit *diesen* Methoden ist es längst zu spät – auch wenn nun die klassische Weltmacht des angriffigen Militarismus – Deutschland – in den Dienst des Westblockes gestellt werden soll.

Reueloses Deutschland Das Unglück ist nur, daß diese Einsicht noch weit entfernt ist, in den *Vereinigten Staaten* durchzudringen. Auch die Novemberwahlen haben daran nichts geändert. Es ist dabei nicht zu dem großen Erdrutsch nach der parteidemokratischen Seite hin gekommen, der vielfach prophezeit wurde; die Mehrheit, die die Demokraten im Abgeordnetenhaus erlangt haben, ist nicht überwältigend (weniger als 30 Sitze) und im Senat nur ganz knapp, während immerhin bei den Gouverneurswahlen in den Einzelstaaten eine erhebliche Verschiebung zugunsten der «Opposition» erfolgt ist. Aber das alles ist ja, wie wir schon in der letzten Weltrundschau betont haben, im Grunde unwesentlich, vor allem im Hinblick auf die Außenpolitik, deren Richtung durch die Wahlen nicht verändert werden wird. *Wenn* man überhaupt von einem Gegensatz innerhalb der amerikanischen Führungsschicht reden will, so ist es derjenige, den die «Monthly Review», die Neuyorker sozialistische Zeitschrift, skizziert: Auf der einen Seite die «Kriegspartei», nämlich der Hauptteil der Rechtsrepublikaner, die Luftwaffe, ein großer Teil der Flotte, die McCarthy-Gruppe mit ihrem Anhang von «patriotischen» Organisationen und klerikalen Scharfmachern,

sowie diejenigen Kapitalisten, die an der Rüstungsindustrie interessiert sind. Auf der andern die «Vorsichtspartei», die alle übrigen Gruppen umfaßt, einschließlich die alte Geldaristokratie, die Armee, das einflußreichere Regierungspersonal (mit Ausnahmen) und die liberaleren Demokraten. Die Massenorganisationen der Arbeiter, Farmer usw. entfalten keine eigene Initiative, außer daß sie – besonders die ausgesprochen hetzerische Führung des alten Amerikanischen Gewerkschaftsbundes – die Außenpolitik der Regierung «loyal» unterstützen.

Und diese Außenpolitik spielt nun also die *westdeutsche Karte* als ihren Haupttrumpf im internationalen Machtspiel aus. Amerika rechnet bewußt mit der fortschreitenden Wiederentfesselung des deutschen Nationalismus und militärischen Imperialismus in der Bonner Republik. Und fördert diese Entwicklung, vorsichtig zwar, aber doch entschlossen. Wir haben an dieser Stelle das Neuerstehen des alten deutschen Ungeistes fortlaufend gekennzeichnet, so daß es fürs erste keiner Anführung weiterer Belege bedarf; jeder Tag bringt sie ja ohnehin der Welt zur Kenntnis, so kürzlich die Sympathiekundgebungen anläßlich der (aus Menschlichkeitsgründen mit Recht bewilligten) Freilassung eines der übelsten Missetäter des Hitlerregimes, des Barons von Neurath, der nicht nur unter Glockengeläut in seine Heimat zurückgekehrt ist, sondern auch die herzlichen Glückwünsche von Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuß zur Beendigung seines «langjährigen Martyriums» entgegennehmen durfte. Neurath, Hitlers Außenminister und Mitschuldiger, ein Märtyrer – es ist wirklich der Gipfel der Perversion! Aber warum soll man sich eigentlich wundern? Foerster hat vollkommen recht (in seinen Memoiren):

> «Die (in Nürnberg) abgeurteilten Verbrechen ... führten zu keinerlei ernsthaften Auseinandersetzungen in der deutschen Presse ... Deutsche Männer und Frauen reservierten ihren Abscheu und ihre moralische Entrüstung ausschließlich für das, was Deutschland von den Opfern und Leidtragenden des deutschen Angriffes zugefügt worden war. So war es schon nach dem Ersten Weltkrieg – die Regie hatte nichts zu tun als das erste Spiel zu wiederholen. Das Ausland bekam den Eindruck, das deutsche Volk fühle das gute Recht, ungeheure Verbrechen zu begehen oder in seinem Namen begehen zu lassen und dann die Verantwortung dafür auf seine Führer abzuwälzen.
>
> ... Man sah nur die ausgebombten deutschen Städte; aber fortgewirbelt aus dem Gedächtnis war alles, was die Ursache der deutschen Ruinen und die Antwort auf die von Deutschland außerhalb seiner Grenzen verursachten Riesenzerstörungen war. Ganz Deutschland hallte wider von wütender Klage über das Elend der Ostflüchtlinge, das sicher des größten Mitleides würdig war, aber wo blieb das fromme Gedenken an fünf Jahre erbarmungsloser Ausraubung und Mißhandlung der Bevölkerungen, die nach dieser Leidenszeit einstimmig beschlossen, sich des deutschen Elementes, das mit den Einbrechern freudig mitgearbeitet hatte, für immer zu entledigen?»

Ja, wo blieb es? Und wo blieb die Entschlossenheit des *Auslandes*, den Deutschen ihre ungeheure Schuld klar zu machen und die Folgerungen für die Zukunft daraus zu ziehen? Für eine kurze Anstandsfrist mimten die Westmächte ihren «festen Willen», den deutschen Militär-

apparat ein- für allemal abzumontieren. Dann brach aber wieder der alte Antikommunismus durch – und verdrängte die *wirkliche* Gefahr ins Unterbewußtsein. Es ging auch hier wieder wie nach dem Ersten Weltkrieg: man half und hilft mit, die alten Unheilsmächte aufs neue in den Sattel zu setzen und loszulassen – nur diesmal viel offener und zynischer als in den zwanziger und dreißiger Jahren. Ja, ja, man tröstet sich auch jetzt wieder (oder sucht die Unwissenden und Naiven zu täuschen), indem man papierene «Sicherheiten» gegen ein Überborden des deutschen Machtwillens aufrichtet. Aber es wird auch jetzt wieder so herauskommen wie damals. Deutschland bekam im Versailler Vertrag eine Reichswehr von 100 000 Mann mit begrenzten Rüstungsmöglichkeiten bewilligt. Aber schon am Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages begann die geheime Sabotierung der Rüstungsbeschränkung. Der Generalstab wurde wiederhergestellt. Eine «Schwarze Reichswehr» und eine über 200 000 Mann starke «Polizeitruppe» wuchsen heran. Auf holländischen, finnischen, spanischen Werften wurden Unterseeboote gebaut. Russische Fabriken lieferten Kriegsmaterial. Im In- und Ausland wurde eine neue deutsche Luftwaffe geschmiedet. Den Rest kennt man. Hitler zerriß, als er auf keinen ernsten Widerstand der Westmächte stieß, die papierenen Ketten des Friedensvertrages vollends ganz, begann offen seine Ausdehnungs- und Eroberungspolitik und schloß in München seinen Frieden mit dem Westen – zum Kampf gegen den Osten. Und als man auch im Westen zur Erkenntnis der Todesgefahr aufwachte, in die man sich begeben hatte, da war es schon zu spät. Das Unheil nahm seinen Lauf.

Meint man, daß es jetzt anders gehen werde, wenn man *von vornherein* den Westdeutschen eine halbe Million Soldaten und eine hochmoderne Luftwaffe bewilligt? Bildet man sich wirklich ein, die «Garantien», die man in die Pariser Verträge eingebaut hat, würden haltbarer sein als die im Versailler Vertrag vorgesehenen? Glaubt überhaupt jemand, daß es den Amerikanern ernst sei mit diesen «Garantien»? Liegt ihnen nicht vielmehr alles daran, daß die neue westdeutsche Wehrmacht so stark und schlagkräftig werde wie nur irgend möglich? Meint man, sie würden irgend welche Schwierigkeiten machen, wenn den mageren zwölf Divisionen, die der Bonner Generalstab jetzt rekrutieren darf, zuerst massive Reserven und dann weitere Dutzende von Liniendivisionen beigefügt und Luftwaffe wie Kriegsmarine voll ausgebaut werden? Oder hofft man etwa gar auf wirksamen Widerstand der Linken? An den konnte schon zwischen den beiden Weltkriegen niemand glauben, der den «Patriotismus» der Sozialdemokraten kannte. Als ich am Internationalen Sozialistenkongreß zu Wien im Sommer 1931 Otto Bauer, den österreichischen Führer, unter tosendem Beifall voraussagen hörte, im Falle einer deutschen Kriegsdrohung werde der alte proletarische Kampf- und Widerstandsgeist in der deutschen Sozialdemokratie unwiderstehlich losbrechen, da traute ich meinen Ohren kaum ob der völligen psychologischen Einsichtslosigkeit dieses berühmten Theoretikers und drückte in

meinen Berichten an die sozialdemokratische Presse der Schweiz meinen Unglauben gegenüber solchen Erwartungen auch deutlich genug aus. Man widersprach mir heftig und kanzelte mich ab. Die Ereignisse waren dann aber noch viel niederschmetternder, als ich angenommen hatte. Wird wenigstens *jetzt*, nach allem, was sie erlebt hat, die organisierte westdeutsche Arbeiterschaft – Sozialdemokratie und Gewerkschaften – das fertig bringen, was bisher in Deutschland nie geschah: eine durchschlagende Erhebung gegen den offiziellen und so dämonisch volkstümlichen Patriotismus und Militarismus, der immer nur eine Verkleidung reaktionärer Klasseninteressen war und heute im Gewande des Kampfes gegen kommunistische Diktatur erst recht gegenrevolutionär und friedensfeindlich ist? Wir wagen es kaum zu hoffen.

Wir haben noch die Wahl Was aber muß, sachlich genommen, geschehen, damit die Entwicklung zum neuen Krieg hin entscheidend umgebogen wird? Zunächst: Was *wird* geschehen, wenn die Pariser Verträge ratifiziert sein werden? Im westlichen Lager erwartet man, die Leiter der Sowjetpolitik würden dann von der wachsenden Militärmacht des Westblockes und von der Aussicht auf das Wiederauftreten einer deutschen Wehrmacht dermaßen beeindruckt sein, daß sie «freien Wahlen» in ganz Deutschland zustimmen, also Ostdeutschland im Gefolge dieser Wahlen einfach räumen würden, worauf es dann mit der Berennung der Oder-Neiße-Grenze und mit dem Rückzug der Sowjetunion auf ihre innerrussischen Stammgebiete weitergehen würde. Demgegenüber kann nur gesagt werden, daß alle derartigen Vorstellungen lediglich Wunschträume sind, die sich nicht erfüllen werden. Die Sowjetunion wird vor einem zunehmenden Druck des Westens nicht zurückweichen; ihr Widerstand wird sich nur versteifen, und die Regierung der USSR wird dabei ihre Völker geschlossen hinter sich haben, desgleichen die Völker ihrer Satellitenstaaten, ja vielleicht sogar das titoistische Jugoslawien, das sich in der letzten Zeit auffällig stark wieder an die Sowjetunion angenähert hat. Das Wettrüsten geht also weiter, und auch wenn der Westen es nicht auf eine endgültige Kraftprobe ankommen läßt, so kann doch irgendein unvorsichtiger Schritt der einen oder anderen Seite, ein Zwischenfall, eine als Herausforderung empfundene Gebärde den Krieg entfesseln, den niemand gewollt hat.

Die Sowjetunion hat zwar jetzt eben zu einer allgemeinen Konferenz eingeladen, die noch vor den parlamentarischen Beratungen über die Ratifizeirung der Pariser Verträge zusammentreten und den Plan eines Systems kollektiver Friedenssicherung für Europa behandeln solle. Aber ganz automatisch hat der Westen diese Einladung nur wieder verächtlich als neuen Moskauer Störversuch abgetan und auf der schleunigen Ratifizierung des Neunmächteabkommens beharrt. Die Folge dürfte sein, daß die Staaten des Ostblockes noch enger zusammenrücken und ihrerseits

weiterrüsten – als Antwort auf die «Politik der Stärke», mit der die Sowjetunion kapitulationsreif gemacht werden soll.

Mit anderen Worten: Es hat keinen Sinn, mit der Sowjetunion zu verhandeln, wenn die Wiederaufrüstung Westdeutschlands nicht mehr in Frage gestellt werden darf oder wenn gar, wie das zum Beispiel der außenpolitische Ausschuß der Labourpartei verlangt, die Sowjetunion zuvor ihre Bereitschaft erklärt haben muß, gesamtdeutsche Wahlen anzunehmen. Worüber soll denn in diesem zweiten Fall noch «verhandelt» werden? Die Sowjetunion hätte dann ja alles zugestanden, was die Westmächte von ihr in bezug auf Deutschland haben wollen; die deutsche Frage wäre im Grunde bereits gelöst (denn aus gesamtdeutschen Wahlen müßte alles Weitere von selbst folgen) – aber eben ganz auf Kosten der Sowjetunion und des Ostblockes. Aber auch wenn «nur» die nicht mehr rückgängig zu machende Wiederaufrüstung Westdeutschlands als Voraussetzung einer neuen Verhandlung mit der Sowjetunion erklärt wird, verliert die Konferenz ihren Sinn. Die Westmächte haben dann dem Ostblock nichts «Interessantes» mehr anzubieten; sie können keine eigene Leistung vorschlagen, um vom andern eine Gegenleistung zu erlangen, wie das bei jeder echten Verhandlung nötig ist. Die Konferenz hätte dann nur wieder den Zweck, Moskau vor eine Forderung zu stellen, die es nicht annehmen *kann*, und so aufs neue die «russische Unnachgiebigkeit» und den «bösen Willen Moskaus» zu beweisen.

So kommt man wirklich nicht weiter. Wir fürchten, daß auch alle noch so gutgemeinten und an sich richtigen Vorschläge zur Behebung des Mißtrauens zwischen beiden Lagern nicht weiterführen werden, solange die Westmächte grundsätzlich an ihrer Idee festhalten, den Ostblock durch Gewaltdrohung oder Gewaltanwendung zu zerschlagen und so «die vom Kommunismus vergewaltigten Völker zu befreien». Voraussetzung für alles Weitere ist die klare und endgültige Abkehr von diesem Weg, die Bereitschaft zur Anerkennung der kommunistischen Welt als einer geschichtlichen Tatsache, die für unsere Generation nicht mehr auszulöschen ist, der Wille zur friedlichen Konkurrenz und Koexistenz der verschiedenen Gesellschaftssysteme und die gemeinsame Bekämpfung der Not der unterentwickelten Nationen und damit der *Ursachen* des Kommunismus, anstatt seiner Erscheinungsformen. Ist diese Abkehr vom jetzigen Unheilkurs der Westmächte einmal vollzogen, dann erst werden fruchtbare Verhandlungen über die Neuorganisation der Welt und Europas möglich sein. Dann wird die Schaffung eines Systems gemeinsamer Friedenswahrung keine ernsten Schwierigkeiten mehr bereiten, dann wird die deutsche Frage wirklich gelöst und ein Europa gestaltet werden können, das die ihm gemäße Lebensform in Unabhängigkeit von den anderen Staatenbünden und Kulturkreisen zu entfalten vermag.

Manche werden sagen, zu einer Umkehr, wie wir sie meinen, sei es nach den Londoner und Pariser Beschlüssen bereits zu spät oder doch dann, wenn diese Beschlüsse ratifiziert seien. Wir sind davon nicht über-

zeugt. Auch nach der förmlichen Inkraftsetzung der «Westeuropäischen Union» wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen, bis die neue deutsche Wehrmacht Gestalt gewonnen hat und als (vermeintlich) entscheidende Kraft in den bewaffneten Kampf gegen den Osten eingesetzt werden kann. Wir haben bis dahin noch eine Frist zur Besinnung und Umkehr – die letzte vielleicht, aber eben doch eine Frist. Wir haben immer noch die Wahl zwischen fortgesetztem Wettrüsten mit dem dann unvermeidlichen Ausgang und dem Verzicht auf die Austragung des Gegensatzes zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt mit militärischen Mitteln. Wofür werden wir uns entscheiden?

Armes Südamerika! Die Schicksalsfrage, vor die Europa jetzt gestellt ist, und ebenso die stürmische Entwicklung, die der asiatische Riesenkontinent durchmacht, lenkt unsere Aufmerksamkeit gern von jenem anderen Sturmzentrum ab, das *Latein-* und besonders *Südamerika* heißt. Aber Ereignisse, wie das militärische Eingreifen Großbritannien in Guayana, die von den Vereinigten Staaten ins Werk gesetzte Gegenrevolution in Guatemala, der aufsehenerregende Selbstmord des brasilianischen Präsidenten Vargas und die sich immer wiederholenden Diktaturaktionen in Kolumbien, Venezuela, Bolivien, Argentinien und so fort lassen uns doch ständig fragen, was eigentlich hinter all diesen Erschütterungen als treibende Kraft stehe. Versuchen wir eine vorläufige Antwort auf solches Fragen zu geben.

Ein hochgestellter Südamerikaner sagte einmal zu Alvarez del Vayo («The Nation», 11. März 1950), Lateinamerika mache gegenwärtig zwei Krisen und eine Revolution durch. Die eine Krise sei tiefgehend und chronisch: ein primitiver Kontinent mit gebrechlicher, halb kolonialer, halb feudaler Wirtschaft sei unter dauernden Druckwirkungen und Verlagerungen in langsamer Umwandlung begriffen. Die andere Krise sei jünger und akut: der Gegensatz zwischen der durch zwei Weltkriege märchenhaft reich gewordenen Klasse der Großgrundbesitzer und Industrieherren einerseits, der durch Spekulation und Inflation ärmer als je gewordenen Masse des besitzlosen Arbeitsvolkes anderseits. Und aus beiden Krisen zusammen erhebe sich die soziale und politische Revolution. «Die liberalen und demokratischen Politiker der alten Schule», so meinte der südamerikanische Politiker,

«haben sich keine Vorstellung von der gewaltigen sozialen Gärung gemacht, die durch die erschreckenden Gegensätze zwischen einer ihren Luxus herausfordernd zur Schau stellenden vermöglichen Klasse und dem Volke hervorgerufen worden ist. Diese Politiker haben das Grollen des Erdbebens verschlafen und wachen jetzt nur dann und wann auf, um hochtönende Reden über Bürgerfreiheiten und Menschenrechte zu halten, während Hunger und wirtschaftliches Unrecht einem Umsturz den Weg bereiten. In manchen Ländern wurde ihr Schlummer durch Generäle und ‚Führer' (Caudillos) unterbrochen, die den Stand der Dinge begriffen und sich beeilten, die Unzufriedenheit des Volkes zu ihrem eigenen Vorteil auszubeuten.»

Man kann in der Tat nicht verstehen, was in Lateinamerika vorgeht, wenn man sich nicht stets die *entsetzliche Armut und Ausbeutung der Volksmassen* vor Augen hält. Wir haben darüber schon früher das Nötigste gesagt (vergleiche «Neue Wege», März/April 1952), gestützt auf unverdächtige Zeugnisse. Alles, was sonst über Südamerika (das wir heute allein behandeln wollen, unter Beiseitelassung von Mittelamerika) bekannt geworden ist, bestätigt diese Darstellung. Insbesondere Professor de Castro, dessen berühmtes Buch über die «Geographie des Hungers» wir schon wiederholt zu erwähnen Gelegenheit hatten, widmet dem Hungerelend in seiner südamerikanischen Heimat ein aufwühlend ernstes Kapitel. «Es gibt», so stellt er fest,

«kein einziges Land in Südamerika, in dem die Bevölkerung frei von Hunger wäre. Alle leiden sie an diesem furchtbaren Übel; der Unterschied ist allein, daß es in einigen Gebieten heftiger, in anderen milder auftritt. Man kann Südamerika in zwei Teile scheiden, je nach dem Grade des Hungers: ein Gebiet (A) mit äußerst mangelhafter Ernährung, in dem der mengenmäßige Hunger sich zu besonderen Mängeln in der Güte der Nahrung gesellt, und ein Gebiet (B) mit weniger ernsten Ernährungsverhältnissen, wo es nur an gewissen Nahrungsbestandteilen fehlt und wo die Ernährung im allgemeinen mengenmäßig ausreichend ist.»

Die Zone B umfasse das westzentrale und südliche Brasilien, Paraguay östlich vom Paraguay-Fluß, Uruguay und Nordost-Argentinien. Alle anderen Teile Südamerikas gehörten zur Zone A. Hier betrage die durchschnittliche Energiemenge der täglichen Nahrung zwischen 1200 und höchstens 2400 Kalorien je Kopf, während normalerweise 2800 bis 3000 Kalorien für eine genügende Ernährung nötig seien. Und wenn auch das Klima und die Ernährungsweise in Südamerika eine geringere Kalorienmenge als die sonst erforderliche erlaubten, so sei die Unterernährung namentlich der eingeborenen Bevölkerungen doch grauenhaft. Mangelkrankheiten aller Art, körperliche wie geistige Entartung und vorzeitiger Tod seien ungeheuer verbreitet:

«Der hohe Stand der allgemeinen Sterblichkeit und der Kindersterblichkeit wie auch gewisser Infektionskrankheiten wie Tuberkulose in diesen Gebieten ist letzten Endes Ausdruck der chronischen Unterernährung. Die allgemeine Sterblichkeit in Südamerika ist im Durchschnitt doppelt so hoch wie in Nordamerika. Die Zahlen für die Kindersterblichkeit gehören zu den höchsten in der Welt: 277 je tausend in Bolivien, 335 in Nordwest-Argentinien. In den südamerikanischen Ländern steht die Tuberkulose fast immer an der Spitze der Todesursachen; in gewissen Zonen erreicht sie eine Zahl, die zehnmal so hoch steht wie die durchschnittliche Sterblichkeit an Tuberkulose in Nordamerika.»

Es ist kein Zufall, daß umgekehrt das Volkseinkommen sämtlicher lateinamerikanischen Länder nicht einmal den zehnten Teil des Volkseinkommens in den Vereinigten Staaten ausmacht (10 bis 15 Milliarden Dollar gegen mehr als 150 Milliarden in den USA). Das Jahreseinkommen des Südamerikaners beträgt kaum 100 Dollar je Kopf – ein Zehntel oder noch weniger des Einkommens des Nordamerikaners (1260 Dollar) und nur ein Achtel desjenigen des Kanadiers (etwa 800 Dollar). Der

Schweizer verdient im Durchschnitt annähernd 1000 Dollar (etwas mehr als 4000 Franken) pro Jahr und Kopf.

Dabei ist Südamerika von Natur aus ein reicher Erdteil. «Der Mittelteil von Chile», so schreibt Tibor Mende, der Südamerika gründlich studiert und auch ein Buch darüber veröffentlicht hat, im «Témoignage Chrétien» (17. Oktober 1952),

«ist so fruchtbar wie Kalifornien. Er könnte das Doppelte der Gesamtbevölkerung des Landes ernähren. Trotzdem muß die Republik den fünften Teil ihrer Lebensmittel einführen, während die Arbeiter auf den großen Landgütern den Boden mit urgeschichtlichen Werkzeugen bearbeiten und in einem schauderhaften Elend leben. Weiter nördlich, in Peru, wo eine kleine weiße Minderheit den Küstenstreifen bewohnt, lebt die große Mehrheit der Indianer in den Bergen, wo ihre Lebenshaltung vielleicht niedriger steht als unter dem Inkareich, vor der Ankunft Pizarros und seiner Spanier.

Das gleiche gilt, mit etlichen Ausnahmen, für ganz Lateinamerika ... Brasilien ist zweifellos der Möglichkeit nach eines der reichsten Länder der Erde. Aber mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung ist ständig unterernährt. Der Milchverbrauch ist in Chile so gering wie in den ärmsten Ländern Asiens. In den Staaten der Pazifikküste – die vorwiegend indianisch sind – ist das Los der Landarbeiter kaum besser als das der Leibeigenen in Rußland während des 19. Jahrhunderts vor ihrer Befreiung. Nach fachmännischen Schätzungen könnte Brasilien allein 600 bis 800 Millionen menschliche Wesen ernähren.» (Heute zählt es keine 60 Millionen.)

Ein zurückgebliebener Erdteil Wo liegen aber die *Ursachen* dieser Armuts- und Elendslage des südamerikanischen Arbeitsvolkes? Es ist keine befriedigende Erklärung, wenn man auf die Unwissenheit der Volksmassen verweist, auf ihre rückständige Arbeitstechnik besonders in der Landwirtschaft, auf ihre geringe Arbeitsleistung, auf die erst in den Anfängen stehende Industrialisierung, auf die schlechten Verkehrsverhältnisse und ähnliche Umstände. All diese Dinge sind natürlich da und spielen eine wichtige Rolle. Südamerika ist tatsächlich erst am Rande von der modernen Zivilisation erfaßt. Es ist im Kern ein primitiv landwirtschaftlicher Erdteil. Fünf bis sieben Einwohner von je zehn leben vom Ackerbau, in einigen Republiken sogar neun von zehn. Und ihre Daseinsform und Denkart ist denkbar rückständig, in Südamerika ebenso wie in den mittelamerikanischen Staaten. «Im mexikanischen Staat Michoacan», so berichtet Tibor Mende,

«habe ich Tarascaner-Indianer angetroffen, deren Lebensform, landwirtschaftliche Technik oder Kenntnis der Außenwelt seit einem Jahrhundert sozusagen keine Änderung erfahren hat. Einer dieser Menschen, ein sympathischer, lächelnder Mann, fragte mich sogar, ob es über dem Land, aus dem ich käme, auch einen Mond gebe. In Brasilien gibt es kaum hundert Kilometer von dem Glanz Rio de Janeiros noch eingeborene Stämme, die nach den Flugzeugen, die über sie hinfliegen, Pfeile abschießen. Und hinter den Wolkenkratzern von Sao Paulo dehnt sich, unermeßlich fruchtbar und kaum ausgebeutet, das Gebiet von Matto Grosso aus, das so unbekannt ist wie das Herz Afrikas.»

Aber diese ganze Zurückgebliebenheit ist ja nur *Ausdruck* der Armutslage des Volkes, nicht ihre *Ursache*. Man muß schon nach den tiefer liegenden Gründen für den sozialen und kulturellen Tiefstand der süd-

amerikanischen Bevölkerungen suchen. De Castro nennt ihrer vor allem zwei. Einmal die jahrhundertelange *koloniale Ausbeutung*, der Südamerika unterworfen war und die doppelt schwer auf der Bevölkerung lastete, weil die Kolonialwirtschaft häufig ganz einseitig spezialisiert war und noch ist: hier auf die Förderung von Gold, Silber oder Edelsteinen, von Kupfer, Zinn und Salpeter, dort auf die Pflanzung von Zuckerrohr, Tabak, Kaffee, Gummibäumen oder auf die Bohrung von Öl. Die Folge war, daß Südamerika unter den Schwankungen der Weltmarktpreise noch viel mehr zu leiden hatte und hat als beispielsweise unsere schweizerischen Uhren- und Stickereigebiete, die so hochempfindlich für Krisenein wirkungen sind. Anderseits zerschlug die Bevorzugung eines einzelnen Produktionszweiges die wirtschaftliche Ganzheit jener Länder und ließ namentlich die Nahrungsmittelerzeugung weithin verkümmern. Nordost-Brasilien zum Beispiel hatte einst eine blühende Ackerbau- und Obstwirtschaft. Heute ist es fast ausschließlich von Zuckerrohrplantagen bedeckt und darum eines der ärgsten Hungergebiete ganz Südamerikas. Auch Venezuela ist trotz seiner mächtigen Ölproduktion oder gerade darum ein Land des Massenhungers. Bevor die Petrolkönige aufkamen, erzeugte das Land hinreichend Mais und Fleisch. Heute muß es alle Arten Lebensmittel in großen Mengen einführen – und doch hat das Volk bei den hohen Preisen nicht genug zu essen.

Mit der kolonialen Ausbeutungswirtschaft aufs engste verknüpft ist die zweite Hauptursache der Armut der südamerikanischen Völker: das *Großgütersystem*. Brasilien ist förmlich in Riesenplantagen aufgeteilt; mit einer Bevölkerung, die nicht viel größer ist als die Frankreichs, und einer fünfzehnmal größeren Bodenfläche hat es nur 1,9 Millionen Grundbesitzer gegen vier Millionen in Frankreich. In der Provinz Buenos Aires, mit 3,5 Millionen Einwohnern, besitzen 320 aristokratische Familien rund 40 Prozent allen Bodens. In der chilenischen Provinz Curico entfallen 83 Prozent des Landes auf 437 Großpflanzungen. Und so fort. Die Masse des südamerikanischen Landvolkes ist besitzlos und muß sich an die Eigentümer des mopopolisierten Bodens verkaufen – zu Bedingungen, die nur ein untermenschliches Leben erlauben.

Eine Industrialisierung größeren Stiles ist unter diesen Umständen in Südamerika bisher unmöglich gewesen, sowohl weil bei der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung kein genügender Absatz von Industrieerzeugnissen da ist, als weil die geistige Rückständigkeit und die körperliche Arbeitsschwäche der unterernährten Massen keine moderne Industrieproduktion zuläßt. Was an Industriekapital in Südamerika angelegt ist, stammt vorwiegend aus dem Ausland, insbesondere aus Nordamerika. In verschiedenen Wellen hat sich aus den Vereinigten Staaten anlagesuchendes Kapital über die Länder Lateinamerikas ergossen. In etwas mehr als fünfzig Jahren (von 1897 bis 1952) hat sich der Betrag der nordamerikanischen Kapitalanlagen in Lateinamerika von 0,3 Milliarden Dollar auf 5,7 Milliarden gesteigert. Und der Gewinn aus direkten Ka-

pitalanlagen ist in den Ländern Lateinamerikas gegenwärtig fast doppelt so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Die UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika berechnete den Zustrom ausländischen Kapitals in die Länder dieses Raumes für die Jahre 1945 bis 1952 auf 2 090 000 000 Dollar, die Profit- und Zinsensumme, die aus diesen Anlagen floß, auf 5 829 000 000 Dollar für die gleiche Zeit.

Revolution und Gegenrevolution Es war bei der großen Überlieferung des Freiheitskampfes gegen spanische und portugiesische Kolonialherrschaft eigentlich selbstverständlich, daß sich in den Völkern Südamerikas heftiger Widerstand auch gegen die neue nordamerikanische Kolonisierung und Ausbeutung des Halbkontinents erhob. Eine Art *revolutionärer Nationalismus* wuchs in einer Reihe südamerikanischer Staaten auf; sein Programm war Nationalisierung der Schlüsselindustrien, Landwirtschafts- und Bodenreform, Organisierung und Hebung der niedergetretenen indianischen Bevölkerungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, deren Mitarbeit bei der wirtschaftlichen Erschließung Südamerikas unentbehrlich ist. Wie in Mexiko die Ölindustrie verstaatlicht und in Guatemala eine Bodenreform unternommen wurde, die das nicht angebaute Land der nordamerikanischen United Fruit Company in Volksbesitz bringen sollte, so wurde in Bolivien die Zinnindustrie nationalisiert und ist in Chile eine Bewegung auf die Verstaatlichung der Kupferbergwerke, in Brasilien eine solche auf den Ausschluß fremder Gesellschaften von der Ausbeutung der Erdölvorkommen entstanden, während in Argentinien die Perón-Diktatur den Kampf gegen den nordamerikanischen Imperialismus geradezu zu einem Hauptpunkt ihres Programmes machte und damit in ganz Südamerika mächtigen Widerhall fand. Dies um so mehr, als die nationale Unabhängigkeitsbewegung weithin mit dem revolutionären Kampf um soziale und wirtschaftliche Befreiung der besitzlosen, ausgebeuteten, entrechteten Volksmassen zusammenfloß, wie er sich unter der Führung radikaler Intellektueller und Arbeiter zu entwickeln begann. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges schien es sogar, als breche überall in Südamerika eine demokratisch-soziale Reformbewegung durch, die von begeisterten Volksmassen getragen war und mit den hergebrachten Militärdiktaturen kräftig aufräumte; in Chile kam damals eine Regierung ans Ruder, die auch drei kommunistische Minister umfaßte – eine ähnliche Konstellation wie gleichzeitig etwa in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei.

Aber wie in Europa, so führte bald auch in Südamerika die *Reaktion* ihren Gegenstoß. Nicht nur sammelten sich die alten Herrenklassen um ihre traditionellen Militärdiktatoren; es kam auch jene neue, schon in Europa erprobte Form von Diktatur auf, die mit sozialer und nationalistischer Demagogie die revolutionäre Volksbewegung aufzufangen und die feudal-kapitalistische Klassenherrschaft nur desto fester zu begründen

suchte. Wiederum war es der Perónismus in Argentinien, der hier beispielgebend voranging; mehr oder weniger gleichgerichtete Bewegungen folgten in anderen Ländern – Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Peru, Paraguay –, so daß heute nur in Chile (mit starken Einschränkungen), Uruguay und neuerdings, nach der Wandlung von Vargas zum verfassungstreuen Reformer, auch in Brasilien von halbwegs bürgerlich-demokratischen Regierungsformen gesprochen werden kann. Die Ursache dieses Umschwunges zurück zur Diktatur war nicht nur die innere Schwäche, Uneinigkeit und Unklarheit der revolutionär-demokratischen Bewegungen, sondern besonders auch die zielbewußte, energische Unterstützung der Gegenrevolution durch die *Vereinigten Staaten*. Wie Victor Alba im Londoner «Socialist Commentary» (August 1953) feststellte:

«Vielleicht der wichtigste Grund für ihren (der Volksbewegungen) Zusammenbruch war die Politik Washingtons. Es ist richtig, daß unter Präsident Truman das Staatsdepartement zum mindesten nicht offen die großen nordamerikanischen Privatgesellschaften unterstützte, die in Lateinamerika arbeiten und so viel Feindseligkeit geweckt haben. Aber die amerikanische Diplomatie zeigte sich außerstande, die gesetzlichen Mittel zur Unterstützung der demokratischen Regime zu finden. Im Gegenteil: so oft eine neue Regierung aus einem Staatsstreich hervorging, bekam sie sofort die Anerkennung durch die Vereinigten Staaten. Das stärkte die hergebrachte Gegnerschaft zu Amerika (die aus der Zeit der Intervention unter den Präsidenten Coolidge und Hoover stammt) und spielte einen Trumpf in die Hände Peróns und seiner Anhänger.»

Die Vereinigten Staaten sind tatsächlich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts planmäßig auf die Unterwerfung Lateinamerikas unter ihre Herrschaft ausgegangen, namentlich auch durch das Mittel von gefügigen einheimischen Regierungen diktatorischen Charakters. Aber auch, wo das nötig erschien, durch militärisches Eingreifen offener oder (wie neulich in Guatemala) verschleierter Art. Zuerst versuchte man es mit der einfachen wirtschaftlichen Durchdringung und Eroberung («Dollardiplomatie» hieß man es später). Aber schon frühzeitig griff man auch zur nackten militärischen Gewalt. Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898 – «ein imperialistischer Krieg (von seiten der Vereinigten Staaten), wenn es je einen solchen gab», wie mit Recht gesagt wurde – war der erste große Anwendungsfall für diese Methode. Er brachte nicht nur die Philippinen und Puerto Rico unmittelbar in amerikanischen Besitz, sondern richtete auch indirekt die militärische, politische und wirtschaftliche Herrschaft der USA über wichtige Teile Mittelamerikas auf: über Kuba, Haiti, die Dominikanische Republik und Nicaragua. Die Losreißung Panamas von Kolumbien und seine Unterstellung unter nordamerikanische Oberhoheit folgte. Und dann begann jene lange Reihe militärischer Interventionen der Vereinigten Staaten in *Mittel*amerika, die mehr und mehr auch die *süd*amerikanischen Länder zu Vasallen der USA machte. Die Krönung des Ganzen waren die Militärabkommen, die die Vereinigten Staaten von 1947 an mit zwanzig lateinamerikanischen Republiken

abschlossen, mit der Wirkung, daß Washington zu seinen übrigen Schutzbefohlenen hinzu noch weitere Gebiete mit 7,8 Millionen Quadratmeilen Bodenfläche und 161 Millionen Einwohnern zu «verteidigen» bekam.

Im Schatten dieses gewaltigen strategischen Systems kann sich die Herrschaft der Vereinigten Staaten über Mittel- und Südamerika fast ungestört entfalten: politisch (unter anderem durch das Mittel der Panamerikanischen Union mit ihren Konferenzen, deren letzte dieses Jahr in Caracas stattgefunden hat), wirtschaftlich und, wenn zweckmäßig, auch militärisch (Guatemala). Die «Politik der guten Nachbarschaft», die Roosevelt verfolgt hatte, wurde unter Truman und Eisenhower mehr und mehr wieder durch die alte Politik imperialistischer Ausdehnung ersetzt, und zwar diesmal nicht zuletzt mit der Losung des Kampfes gegen den Kommunismus. Jede Bewegung, jede Regierung, die in einem lateinamerikanischen Land gegen die koloniale Ausbeutung, gegen die Feudalherrschaft, gegen den nordamerikanischen Herrschaftsanspruch auftritt, wird als kommunistisch oder prokommunistisch erklärt und bekämpft. (Großbritannien folgt dem amerikanischen Beispiel: Guayana.) Und jeder einheimische Diktator, der unter dem Vorwande des Kampfes gegen den Kommunismus die bestehende Klassenschichtung zu erhalten strebt und die radikaleren Oppositionskräfte gewalttätig niederhält oder niederschlägt, genießt die weitestgehende Unterstützung der nordamerikanischen Schutzmacht. Der Gewaltstreich in Guatemala war nur ein Glied in der Kette gegenrevolutionärer Eingriffe, die von Washington aus in den Ländern Lateinamerikas vorgenommen wurden und werden, im Bunde mit den «bodenständigen» Kräften der sozialen Reaktion.

Und doch ist das ganze, wenn auch noch so großzügig ins Werk gesetzte Unternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es ist ja nicht Moskau und der Kommunismus, die hinter der sich allmählich sammelnden revolutionären Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika stehen; es ist der Wille zum menschenwürdigen Leben, es ist die unmittelbare Daseinsnot der so lange mißhandelten und niedergetretenen Völker, es ist – kurz gesagt – einfach der Hunger. Der Kampf in Lateinamerika ist so nur ein Stück der großen kolonialen Revolution, die in allen unterentwickelten, weil gewaltsam am Boden gehaltenen Völkern und Klassen der Welt im Gang ist. Eine intelligente Politik der Führer der «freien» Welt würde diese Revolution ebenso planmäßig und großzügig fördern, wie sie sie jetzt bekämpft, und sie so in verhältnismäßig friedliche Bahnen lenken. Sie würde sich die Wahrheit zu eigen machen, die Professor de Castro ausspricht:

«Die sogenannte ‚Kolonialwirtschaft', bei der die Industriemächte ihre Rohstoffe mit geringen Kosten bekommen und sich auf dieser Grundlage eines ausgesprochenen Wohlstandes erfreuen, ist eine Art wirtschaftlicher Ausbeutung, die mit dem weltwirtschaftlichen Gleichgewicht unvereinbar ist... Die großen Hungerländer der Welt sind genau die Kolonialländer. Es mögen politische Kolonien sein, wie die afrikanischen

Gebiete oder wirtschaftliche Kolonien wie China (bis zur Revolution. H. K.) oder der Großteil von Lateinamerika, das tatsächlich nur der Erzeugung von Rohstoffen zur Speisung der Industrien Europas und der Vereinigten Staaten dient. Ohne eine grundlegende Wandlung der Kolonialpolitik, die es den Kolonialvölkern erlauben würde, in einem Ausmaß zu produzieren, das ihre biologischen Bedürfnisse zu befriedigen vermöchte, ist es sinnlos, eine radikale Lösung des Welthungerproblems zu erhoffen. Die Kolonialvölker werden gerade solange hungrig sein, als sie ihre besten Kräfte der Erzeugung von Rohstoffen für die Ausfuhr widmen müssen, weil das Spiel der Weltwirtschaftskräfte immer darauf hindrängt, den Wert ihrer Arbeit im Interesse der industriellen Profite herabzudrücken.»

Dieses «Spiel der Weltwirtschaftskräfte», wie de Castro verhüllend sagt, dieses Walten eines brutalen kapitalistischen Ausbeutungs- und Bereicherungswillens zu überwinden, das ist Ziel und Zweck der weltweiten Freiheitsbewegung der hungernden Kolonialvölker. Noch steht in Südamerika diese Bewegung erst in ihren Anfängen. Sie hat kaum angefangen, in sozialistischer Erkenntnis die Ursachen der Massennot zu erfassen und ihre Beseitigung von der Wurzel her zu erstreben. Aber es braucht, wie die «Monthly Review» (Juli 1954) bemerkt, nur noch mehr Antikommunismus im Stil des Herrn Dulles, «und Lateinamerika wird in eine extreme Rechte und eine extreme Linke aufgespalten und die lateinamerikanische Revolution gezwungen sein, verhältnismäßig rasch die kennzeichnenden Merkmale und Formen anzunehmen, die uns von den Nachkriegsjahren in Asien her so wohlvertraut sind. Und unter solchen Umständen wird die Führung der Revolution ebenso sicher in die Hände der Kommunisten übergehen wie in China und Indochina. Die Regierung Eisenhower besteht aus gottesfürchtigen Männern, die sicher wissen, daß der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist. Sie müssen nur noch lernen, daß der Weg zum Kommunismus mit antikommunistischen Vorsätzen gepflastert ist. Wenn sie ihre lateinamerikanische Politik nicht rasch umstellen, werden sie es bald herausfinden».

14. November *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Eduard Bueß: «Die kirchlichen Richtungen.» Theologische Studien. Heft 36, 72 S. Evangelischer Verlag, Zollikon.

Die «Neuen Wege» haben vom Beginn ihres Erscheinens an in der Frage der kirchlichen Richtungen eine bestimmte *Stellung* bezogen. Zu dem neuen Verständnis des Evangeliums, wie es den Hauptvertretern dieser Sache geschenkt worden war, gehören von Anfang an der Kampf und das Ringen mit dem *kirchlichen Partei- und Richtungswesen* in dem Sinne, daß dasselbe *überboten* und *überwunden* werden sollte durch den von der neu verstandenen Reichs- und Christusbotschaft ausgehenden Geist.

Leonhard Ragaz hat noch im Jahre 1944 (vergleiche dazu «Neue Wege», 1944, Heft 6/7/8) diesem Anliegen mehrere Beiträge in den «Neuen Wegen» gewidmet.